

Kasachstan: Arbeiteraktivisten drohen Verschleppung oder Festnahme

Sofortige Proteste notwendig!

Stellungnahme von Esenbek Ukteschbajew, Präsident der kasachischen Gewerkschaft "Zhanartu" (Wiedergeburt), und dessen Vize-Präsidenten Ainur Kurmanow

Offener Brief

Moskau, 10. Februar 2012

von Esenbek Ukteschbajew und Ainur Kurmanow

An den Vorsitzenden der All-Russischen Bewegung für Menschenrechte, Lew Alexandrowitsch Ponomarew, und an den Vorsitzenden des Instituts für Menschenrechte, Valentin Michaelowitsch Gefter

Wir möchten Sie darüber alarmieren, dass wir möglicherweise bald verhaftet und/oder verschleppt werden könnten. Die Verhaftungen würden einhergehen mit der Auslieferung in das Territorium der Republik Kasachstan, wo zwangsläufig ein Gefängnisaufenthalt auf uns wartet.

Die Grundlage für diese Behauptungen ist der Besuch des Abteilungsleiters des Innenministeriums der Mangistau-Region, Oberst Amanschol Kabilow, in Moskau der mit einer Gruppe von Geheimdienst-Agenten Verhandlungen mit Beamten der Sicherheitsbehörden der russischen Föderation führt. Dies erfuhren wir durch Informationen von russischen Journalisten und aus kasachischen Quellen. Der Inhalt dieser Verhandlungen ist offensichtlich – es sollen Arrangements getroffen werden, die explizit in Verbindung mit uns stehen, da wir uns auf russischem Boden befinden. Der besagte Offizier des kasachischen Innenministeriums "ermittelt" in Fragen der Geschehnisse vom 16.-18. Dezember letzten Jahres in Schanaosen und am Schetpe-Bahnhof der Mangistau-Region, welche nach unseren Informationen in den Tod von zahlreichen streikenden Arbeitern und deren Verwandten und Angehörigen, die an einem friedlichen Protest teilnahmen, mündeten.

Als Resultat der engen Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und dem kasachischen Geheimdienst wurden bereits viele Strafverfahren eingeleitet sowie Dutzende von Inhaftierungen vorgenommen. Darunter befinden sich nicht nur Gewerkschaftsaktivisten, die am Ölarbeiterstreik teilnahmen, der seit dem 17. Mai 2011 anhält, sondern auch führende Mitglieder der oppositionellen Partei "Alga" (Vorwärts) – Wladimir Kosowo, Aischangul Amirow, Ruslan Simbinow, Serik Sapargali – und der Chefredakteur der unabhängigen Zeitung "Wzglyad" (Blickwinkel), Igor Winjawski. Alle Inhaftierten, sowie Dutzende Menschen, die einem Reiseverbot unterliegen, werden unter folgenden Artikeln des Strafrechts angeklagt: Art. 164 "Anstiftung zu sozialem Unfrieden", Art. 241 "Organisierung von Massenunruhen" und Art. 170 "Aufruf zum Sturz des existierenden konstitutionellen Systems".

Wir befinden uns seit dem 7. Oktober auf einem verlängertem Besuch in Russland, wo wir ausschließlich Erfahrungen mit Arbeiterorganisationen, mit Medien, die den Ölarbeiterstreik in Mangistau unterstützten und mit Mitgliedern unserer Gewerkschaft in Kasachstan, ausgetauscht haben. In unserer Heimat wurde im Sommer ein Verfahren gegen uns eingeleitet – durch die Initiative der lokalen Autorität und dank der "Willkür" des Artikels 327 des Strafrechts. Zwar wurde das Verfahren ausgesetzt und sollte aufgrund einer verkündeten Amnestie komplett eingestellt werden. Aber wie wir aus internen Quellen der Sicherheitsbehörden erfuhren, wird bereits ein neues

Verfahren eingeleitet und eine Anklage unter dem Artikel 164 des Strafrechts wegen “Anstiftung von sozialem Unfrieden” vorbereitet. Faktisch sollen wir und die Opposition für die tragischen Ereignisse der Dezembertage des letzten Jahres in Mangistau verantwortlich gemacht werden. Und das ist der Anlass für den Besuch des oben genannten Kommandanten von Shanaosen in Moskau, um unsere Festnahme und anschließende Auslieferung nach Aktau zu organisieren.

Wir befürchten, dass die Festnahme im Geheimen geschehen und die Auslieferung in Form einer Verschleppung ausgeführt werden wird – weder mit einer Ankündigung, dass wir international gesucht werden, noch der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben für eine legale Auslieferung. Ähnliches geschah bereits durch usbekische und tadschikische Geheimagenten, die eigene Staatsbürger – Oppositionelle und Dissidente, die sich in der russischen Föderation aufhielten – verschleppten.

Wir versichern Ihnen, dass wir uns legal in Russland aufhalten und keine Gesetze dieses Landes gebrochen haben. Wir bemühen uns, ausschließlich die Rechte unserer Landsleute und Mitstreiter zu verteidigen, die durch die kasachischen Autoritäten verletzt werden. Wir bitten um Ihre Hilfe und um die Organisation einer Kampagne zu unserer Verteidigung, falls eine illegale Festnahme und Verschleppung von uns durch den kasachischen Geheimdienst auf russischem Boden stattfinden sollte.

Mit freundlichen Grüßen,

Esenbek Ukteschbajew, Präsident der kasachischen Gewerkschaft “Zhanartu” (Wiedergeburt), und
Ainur Kurmanow, Vize-Präsident